

Konferenzbericht „Strukturwandel zu einer Green Economy“ (19. Mai 2020)

Wirksamer Klima- und Umweltschutz machen eine nachhaltige Transformation unserer Produktions- und Konsumweisen nötig. Neben dem ökologischen Nutzen birgt dieser Wandel auch große wirtschaftliche Chancen. Besonders emissions- oder ressourcenintensive Branchen stellt er jedoch vor Herausforderungen. Neben der fossilen Energiewirtschaft gilt dies etwa für die Automobilwirtschaft oder die Chemie- und andere energieintensive Industrien.

Im Rahmen eines [UBA-Forschungsprojekts zum „Ökologischen Strukturwandel“](#) veranstalteten das Öko-Institut und das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) am 19. Mai 2020 eine Online-Konferenz. Das [Programm](#) widmete sich konkret folgenden Aspekten und Fragen:

- Welche Branchen stehen vor einem ökologisch bedingten Strukturwandel?
- Was sind Treiber und Charakteristika von unterschiedlichen Strukturwandelprozessen?
- Wie lässt sich Strukturwandel ökologisch und sozioökonomisch erfolgreich gestalten?

In ihrer Eröffnungsrede wies Birgit Schwenk, Leiterin der Unterabteilung G I (Grundsatzfragen der Umweltpolitik und des Umweltrechts) im Bundesumweltministerium, darauf hin, wie wichtig es sei, als Politik vorausschauend zu agieren und für Planungs- und Investitionssicherheit der Unternehmen jetzt die Rahmenbedingungen mit Blick auf Klimaneutralität im Jahr 2050 zu setzen.

Verschiedene Ursachen, Treiber und Charakteristika ökologischen Strukturwandels

Dr. Katrin Ostertag (Fraunhofer ISI) und Projektleiter Dirk Arne Heyen (Öko-Institut) stellten anschließend die zentralen Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen des Projekts vor.

So benannte Frau Ostertag zunächst Branchen, die das Projektteam in einem „Branchen-Screening“ als diejenigen identifiziert hatte, die in besonderem Maße vor einem ökologisch bedingten Strukturwandel stehen. Bewertungskriterium im ersten Schritt war, dass die Branchen über mehrere Umweltdimensionen hinweg sehr ressourcen- bzw. emissionsintensiv sind, oder dass sie von ökologischen Megatrends wie Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Ressourcenverknappung besonders betroffen sein können. Zehn hierbei identifizierte „Hotspot“ Branchen wurden einer näheren Betrachtung unterzogen. Aus dieser ergab sich, dass insbesondere Energiewirtschaft, Fahrzeugbau, Chemie- und Pharmaindustrie sowie die Landwirtschaft vor einem starken „ökologischen Strukturwandel“ stehen.

Anhand der vertieft untersuchten Fälle von Automobilindustrie und Basischemie veranschaulichte sie wesentliche Treiber und Merkmale von Strukturwandelprozessen, anhand derer sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede festmachen lassen. Dazu gehören:

- In der Automobilwirtschaft steht in erster Linie das Produkt vor einem Wandel, während es in der Chemieindustrie die fossile Ressourcenbasis betrifft.
- Deutsche Unternehmen beider Branchen stehen im globalen Wettbewerb stark unter Druck. Während dies in der Basischemie vor allem an Produktionskostenvorteilen des Auslands liegt, hat dies in der Automobilwirtschaft in erster Linie mit dem Vorsprung ausländischer Wettbewerber bei batterieelektrischen Antrieben zu tun.
- Der Strukturwandel der Automobilwirtschaft ist weltweit bereits in vollem Gange, während er in der globalen Basischemie noch am Anfang steht. Dadurch hat die deutsche Chemieindustrie noch die Chance, zum internationalen Vorreiter zu werden, zumal die Markteintrittsbarrieren in der von Verbundproduktion geprägten Industrie sehr hoch sind.

Strukturwandel ökologisch und sozioökonomisch erfolgreich gestalten

Basierend auf den Branchenfallstudien und einer breiten Literaturlauswertung vergangener Strukturwandelprozesse, präsentierte Projektleiter Dirk Heyen schließlich branchenübergreifende Handlungsempfehlungen für erfolgreichen Strukturwandel. Dazu gehöre zunächst einmal eine frühzeitige, proaktive und partizipative Herangehensweise, die auch Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen den Sektoren in den Blick nehme.

Für den Wandel zu einer Green Economy brauche es speziell eine ambitionierte Umweltpolitik mit klaren mittel- und langfristigen Zielen, die Planungs- und Investitionssicherheit bieten. Angesichts des enormen Bedarfs an regenerativ erzeugter Energie und grünem Wasserstoff bedarf es sowohl eines beschleunigten Ausbaus von Wind- und Solarkraft in Deutschland, als auch internationaler Kooperationen mit „Gunststandorten“ für erneuerbare Energien.

Unternehmen, Beschäftigte und stark betroffene Industrieregionen sollten schließlich beim Wandel unterstützt werden: Unternehmen durch eine entsprechende Innovations- und Investitionsförderung, Beschäftigte durch ihre Weiterqualifizierung, und Regionen bei der Ansiedlung neuer Unternehmen.

Im Anschluss diskutierten Sabine Nallinger (2°-Stiftung), Uwe Meinhardt (IG Metall) und Jan Peter Schemmel (Öko-Institut) Erfolgsbedingungen für den Strukturwandel. Dabei wurde die Wichtigkeit betont, sowohl die Industrieunternehmen als auch die Beschäftigten „an Bord“ zu holen und neue Allianzen zu schmieden. Dazu brauche es den betrieblichen, regionalwirtschaftlichen und nationalen Austausch, etwa über Dialogplattformen, Kompetenzzentren oder „Transformationsbeiräte“ – auch entlang von Wertschöpfungsstufen. Auch die Notwendigkeit, die Post-Corona-Konjunkturpakete für den ökologischen Strukturwandel zu nutzen, wurde angesichts der langen Nutzungsdauern der Anlagen und Güter, in die die Gelder jetzt flössen, hervorgehoben.

Branchenspezifische Workshops

Nach der übergreifenden Session am Vormittag fanden am Nachmittag branchenspezifische Workshops zu den drei Fallstudien des Projekts statt. Im Workshop zum **Strukturwandel in der Automobilwirtschaft** wurde die besondere Bedeutung der (Um-)Qualifizierung der Beschäftigten und der Innovationsfähigkeit der Branche hervorgehoben. Eine aktive Kommunikation von positiven Narrativen einer zukünftigen Mobilitätswirtschaft und die Setzung von Leitplanken durch die Politik wurden als wesentliche Erfolgskriterien genannt.

Der Workshop zum **Strukturwandel der Chemieindustrie** bestätigte, dass es für die Zukunftssicherung der Branche in Deutschland essentiell sei, stabile und planbare Rahmenbedingungen zu schaffen, um Anreize für die hohen erforderlichen Investitionen beim Umstieg auf klimaneutrale Technologien zu schaffen. Projektbezogene Betriebskostenzuschüsse könnten die Finanzierung von Schlüsseltechnologien erleichtern, bei denen die CO₂-Vermeidungskosten absehbar deutlich über den Emissionshandelspreisen liegen und somit sonst kaum Investitionsanreize beständen.

Am Beispiel von **Second Life (SL) Anwendungen von Elektroauto-Batterien** als stationäre Speicher wurden im dritten Workshop Rahmenbedingungen diskutiert, die zur Förderung der (digitalen) Kreislaufwirtschaft wesentlich sind. Dabei wurde auf die notwendige Kohärenz von Regulierungen in verschiedenen Handlungsfeldern, wie hier der Verkehrs- und Energiepolitik, verwiesen. Beim Zugang zu Batteriedaten und -informationen wurde das Spannungsfeld zwischen Marktzugangschancen von SL-Anbietern und den geistigen bzw. datenbezogenen Eigentumsrechten der Hersteller diskutiert.

[Präsentationen zu allen Sessions und Kontaktdaten finden Sie hier.](#)